

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erst erscheint die auf weiteren nur Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Einzelbestellung für die Woche 2.24.—30. 9. 1000 000 M., durch unsere Verleger zugestrichen in der Stadt 1.500 000 M., auf dem Lande 2.000 000 M., durch die Post monatlich einfrachten. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie andere Anträge und Geschäftsverträge nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle schwerer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Anzeigenpreis für die 6 gelbdruckte Nummern 100 M., mit Wochen-Schließergabe (Woche 2.24.—30. 9. 30000) 200 M., mit Wochen-Schließergabe, amliche Anzeigen, die 2 gelbdruckte Nummern 300 M., mit Wochen-Schließergabe, Nachweilungs-Beitrag 100 M., mit Wochen-Schließergabe. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernspr. übermittelten Anzeigen übernimmt wir keine Garantie. Jeder Rechtsanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rente gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Fichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pässig, für den Inseratenteil: Arthur Fichunke, beide in Wilsdruff

82. Jahrgang. Nr. 113

Donnerstag / Freitag 27. / 28. September 1923

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Der Reichskanzler wird voraussichtlich am Donnerstag im Reichstago eine Rede über die politische Lage und die Beschüsse der Regierung halten.
- \* Die Reichsregierung erließ einen Befehl an alle Reichsbehörden, im Falle von Ausschreitungen nur der verfassungsmäßigen Regierung Folge zu leisten.
- \* Die Vertreter des Ruhrgebietes und die Ministerpräsidenten der Länder stimmten dem Entschluß der Reichsregierung zu, den passiven Widerstand zu beenden.
- \* Nach Mitteilungen des Finanzministers würden die für die Finanzierung des Ruhrwiderstandes notwendigen Gelder in der nächsten Woche 8000 Millionen Mark betragen.
- \* Wie verlautet, wird voraussichtlich am 1. Oktober eine abermalige Erhöhung der Schlüsselzahlen für den Personen- und Güterverkehr vorgenommen werden.
- \* In Berlin wurden zwei große kommunistische Waffenlager entdeckt.

## Waffenfreudung.

„Ich muß kapitulieren, weil ich kein Brot und kein Pulver mehr habe.“ Das sagte Blücher 1806 in die Waffenstreckungsurkunde hinein, als er in Prenzlau sich den Franzosen nach hartnäckigster Gegenwehr ergeben mußte. Mit eigener Hand, mit knirschender Feder schrieb er das nieder, und wir, wir sind jetzt ebenso weit wie damals vor 117 Jahren der Mann, der aber sieben Jahre hernach sein Land wieder in die Freiheit führen sollte.

Der Beschluß, der am Montag unter Zustimmung der Mehrheit aller jener gefaßt worden ist, die von der Reichsregierung aus dem Rhein- und dem Ruhrgebiet nach Berlin gerufen worden sind, erinnert in seiner Tragik an den Waffenstillstand vom November 1918. Denn der Kampf, den wir länger als neun Monate nicht nur an Rhein- und Ruhr, sondern überall in Deutschland geführt haben, war nicht ein Kampf auf offenem Felde, war nicht ein Krieg mit gleichen Waffen, sondern war ein Ringen, in dem nur der Segner die Waffen führte. Wir haben gekämpft, um zu siegen; aber dieser Sieg ist uns nicht beschieden, obwohl wir alles Litten, alles duldeten. Aber es ist mühsam, jetzt darüber nachträglich ein Urteil fällen zu wollen und die Schuldfrage aufzurollen.

Der passive Widerstand an Rhein und Ruhr hat nicht sein Ziel erreicht — es wäre töricht, sich darüber noch irgend welchen Illusionen hinzugeben. Acherthshundert Deutsche sind durch Gewalt gestorben, Tausende und aber Tausende haben in französischen Gefangnissen gelitten. Hunderttausende haben Haus und Hof aufgeben müssen, und Millionen an Ruhr- und Rhein, doch darüber hinaus in ganz Deutschland, haben vergeblich gehungert und gedurft. Doch ist das ganz umsonst gewesen? Wenn es wirklich umsonst war, dann sind wir Deutsche wert als Volk zugrunde zu gehen. Wenn es wirklich umsonst war, wenn wir aus der Geschichte dieser neun Monate keinen, aber auch gar keinen inneren Gewinn davontragen, der einzelne ebenso wie das Volk, dann allerdings muß Deutschland die Fackel des Weltgeschäftes aus seinen müden Händen weitergeben, dann allerdings ist Deutschland wirklich nur eine Episode gewesen.

Wir haben einfach keine Zeit, nun das gleiche läbliche Spiel zu wiederholen, das sich an den Waffenstillstand von 1918, an die Unterschrift unter den Versailler Frieden anknüpfte. Es ist vor allem vorwärts zu sehen und nicht die Blicke nach rückwärts zu wenden. Wir werden jetzt einen „Vertrag“ unterschreiben müssen, der vielleicht hörter noch ist als jener, der vor vier Jahren unterzeichnet wurde, ein Vertrag, der in Frankreich Zügel auslösen wird — die Ereignisse der Jahre 1806 und 1807 wiederholen sich auch darin. Aber etwas ist nicht totgeschlagen, über eins hat Poincaré nicht geirrt: er kann unsern Westen noch lange unter dem Druck seiner Bajonette halten, er kann, wenn seine Alliierten zustimmen, durch eine Finanzkontrolle wie in Österreich unsere Selbstständigkeit beeinträchtigen, aber er kann den deutschen Gedanken nicht todschlagen, kann unser inneres Selbstbestimmungsrecht nicht nehmen. Wir haben kein Brot mehr und kein Pulver, aber wir haben eine Aufgabe, die uns als Stern in der Dunkelheit leuchten muß, und das ist der Gedanke, daß wir ein einiges Volk sind.

Deutschland muß die letzten 250 Jahre seiner Geschichte noch einmal von vorn beginnen; es hat einen dreißigjährigen Krieg hinter sich, es ist beraubt, aber das, was damals in den Köpfen nur einiger Weniger

lebte, ist im Laufe dieser Geschichte bis in das Herz aller hineingedrungen, dieses Bewußtsein, daß wir ein Volk sind, eine Nation! Dieser Gedanke, der Wirklichkeit war, wird jetzt wieder zur Sehnsucht. Und diese Sehnsucht wird wachsen, langsam, aber unwiderstehlich, und wird dereinst wieder zur Wirklichkeit werden, aber nur dann, wenn wir selbst diesen Gedanken nicht eigenwillig und eigenbrüderlich todschlagen. Denn dieser Gedanke hat sich im Laufe dieser 250 Jahre die Form geschaffen, nämlich das Reich, und dieses Reich muß uns doch bleiben. Die Form ist ausgehöhlt, aber darum nicht wertlos geworden; und wir dürfen sie deshalb nicht zerbrechen, nicht beiseite werfen, sondern müssen sie mit neuem Inhalt erfüllen.

Warum haben wir diese beiden Kriege, damals 1918 und jetzt wieder den Ruhrkrieg, verloren? Nicht äußere Gründe sind das letztlich Entscheidende gewesen, sondern der Geist allein ist es, der zum Siege oder zur Niederlage führt und führt. Retten kann uns als Volk nur die Wiederbesinnung des einzelnen an seine Pflichten gegenüber dem Ganzen, jener Geist, der uns im Weltkrieg und im Ruhrkrieg besetzt hat, jener Geist, den wir aber dort wie hier nicht zum Siege führen konnten. Wenn jetzt innerpolitische Auseinandersetzungen für uns in Betracht kommen, dann muß die Selbsthingabe des einzelnen an den Staat, dann allerdings wird auch die Hoffnung auf die Zukunft todschlagen, dann erlischt auch jener Stein, der uns den Weg weisen soll, dann ist nur tiefe Dunkelheit, dann hat Deutschland wirklich keine Zukunft mehr. Pr.

## Einigkeit der Länder.

Die Ministerpräsidenten beim Kanzler. Berlin, 25. September.

Heute fand eine gemeinsame Besprechung der Ministerpräsidenten der deutschen Länder mit dem Reichskabinettsrat über die Frage der Stilllegung des passiven Widerstandes statt. Es ergab sich vollkommene Übereinstimmung darüber, daß der passive Widerstand aus innerpolitischen, vor allem finanziellen Gründen abgebrochen werden muß. Ebenso war man übereinstimmend der Ansicht, daß es Absicht und Aufgabe der Reichsregierung sei, den Abbruch des passiven Widerstandes in einer der Würde und Ehre des deutschen Volkes entsprechenden Weise vorzunehmen. Gegenüber etwaigen Versuchen, die Einheit des Reiches anzutasten, erklärten alle verantwortlichen Leiter der deutschen Länder ihren festen Willen, die Einheit des Reiches als unantastbares Gut der Nation zu bewahren und zu verteidigen.

## Kabinettsrat und Ruhrvertreter.

Bereits am Montag hatte eine Besprechung des Kabinettsrats mit Vertretern aller politischen Parteien aus dem besetzten Gebiete stattgefunden. Der Reichskanzler legte die finanzielle Lage des Reiches dar, die bei längerer Weiterführung der Ruhrkredite wirtschaftliche, soziale und innenpolitische Folgen zeitigen könne und voraussichtlich zeitigen müsse, die von Regierung und Volk nicht getragen werden könnten. Er gab bekannt, daß die Bemühungen der Reichsregierung, mit den ehemaligen Feindmächten zu Abmachungen zu gelangen, die Deutschland die Erfüllung seiner hauptsächlichsten Forderungen (Wiederaufbau der Vertriebenen, Freisetzung der Gefangenen, Wiederherstellung der Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr) schon vor einem Abbrechen des passiven Widerstandes zusichern, erfolglos geblieben sind.

Damit sei auch von der Fortsetzung des passiven Widerstandes kein Ergebnis für eine Besserung der außenpolitischen Lage mehr zu erwarten.

In den sich an die Darlegungen des Reichskanzlers anschließenden Besprechungen stellten sich die Vertreter der Parteien des besetzten Gebietes, mit Ausnahme der Deutsch-Nationalen, geschlossen auf den Standpunkt, daß aus den sich aus der finanziellen Erschöpfung ergebenden zwingenden Gründen für den Abbruch des passiven Widerstandes der unvermeidliche Schluß gezogen werden müsse. Sonst bestiehe die Gefahr, daß der passive Widerstand, der eine wirksame Waffe gegen den rechtswidrigen Einbruch war, zu einer Waffe gegen das eigene Volk werde. Die antwortenden Vertreter von Rhein und Ruhr würden es übernehmen, die Bevölkerung der besetzten Gebiete zur geordneten Arbeit zurückzuführen. Dann stellte der Reichskanzler fest, daß die Verantwortung für den Entschluß zum Abbruch des von der Rhein- und Ruhrbevölkerung seit neun Monaten geführten passiven Widerstandes allein von der Reichsregierung getragen werde. Im Anschluß daran fand im Reichskabinettsrat die Zusammenkunft eines großen Kreises von Vertretern der

Wirtschaftsgruppen und Berufsstände der besetzten Gebiete mit den Mitgliedern des Reichs- und Preussischen Kabinetts statt. Der Reichskanzler gab den Anwesenden von der einmütigen Auffassung der Reichsregierung

über die Notwendigkeit der Einigung des passiven Widerstandes Kenntnis. Hiergegen wurde von keiner Seite Widerspruch erhoben. Übereinstimmend herrschte darüber, daß die Wiederaufnahme der Arbeit geschlossen nach einheitlichen Richtlinien erfolgen und ein Sondervergehen einzelner Gruppen unbedingt unterbleiben müsse. Zum Schluß betonte der Kanzler, daß die Reichsregierung auch weiter zu ihren Zielen, Durchführung der Vertriebenen, Freisetzung der Gefangenen und Wiederherstellung der Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr, unter allen Umständen festhalten werde. Die Verammlung endete mit einem starken Bekenntnis zur inneren und äußeren Einheit des Reiches.

## Der Einspruch der Deutschnationalen.

Die Deutschnationale Volkspartei erklärt zu der Meldung, daß in der von der Reichsregierung einberufenen Verammlung von Vertretern des besetzten Gebietes „von keiner Seite Widerspruch“ gegen die einmütige Auffassung der Reichsregierung erhoben wurde, sie weist darauf hin, daß von anderer Seite in überzeugendster Weise dargelegt wurde, daß die Aufgabe des passiven Widerstandes nur möglich, erträglich und von dauerndem Nutzen für Deutschland sein werde, wenn sie von gleichzeitigen ultimativen Forderungen an Frankreich auf Wiederherstellung der Rechtslage des Versailler Vertrages abhängig gemacht wird.

## Eine Anleihe für Deutschland?

Baldwins Vorschlag. Der englische Unterstaatssekretär Tyrrel, der Botschafter des Kommissars, das über die Zusammenkunft Baldwins mit Poincaré ausgegeben wurde, äußerte sich dahin, die Zusammenkunft habe nur psychologische Wirkung gehabt. In amtlichen Kreisen verhält man sich noch immer außerordentlich zurückhaltend. Im Kabinettsrat wird der Premierminister wahrscheinlich feststellen, daß England die Besetzung des Ruhrgebietes als vollen zogenen Tatsache hingenommen habe, wenn sie es auch nicht billige. Er habe die Höhe der französischen Reparationsforderung anerkannt und eine Anleihe zur Wiederherstellung Deutschlands vorgeschlagen unter der Bedingung, daß Deutschland gegen alle weiteren Gebietsbesetzungen und Sanktionen gesichert werde.

## Aufruf von Reichspräsident und Reichsregierung!

Berlin, 26. Sept., nachm. Der Reichspräsident und die Reichsregierung erlassen folgenden Aufruf an das Volk, indem sie zunächst den Bewohnern an Rhein und Ruhr für ihre Treue und für ihre erlittenen Kämpfe und ihr Dulden danken. Um das Leben von Volk und Staat zu erhalten, stehen wir heute vor der bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzubrechen. Der Aufruf schließt, daß sie folgen, daß die Gefangenen freigegeben werden, daß die Vertriebenen zurückkehren. Deutschland hat sich bereit erklärt, die materiellen Opfer für die Freiheit deutscher Völkern und deutscher Bürger auf sich zu nehmen. Diese Freiheit ist uns aber kein Objekt für Verhandlungen oder Tauschgeschäfte. Reichspräsident und Reichsregierung versichern hierdurch feierlich vor dem deutschen Volk und vor der Welt, daß sie sich zu keinen Abmachungen verstehen werden, die auch nur das kleinste Stück der Erde vom deutschen Reich losreißen. In der Hand der Feindmächte liegt es, ob sie durch Anerkennung dieser Auffassung Deutschland den Frieden wiedergeben oder mit der Verweigerung dieses Friedens die Folgen herbeiführen wollen, die daraus für die Beziehungen der Völker entstehen müssen. Das deutsche Volk fordern wir auf, in den bevorstehenden Zeiten härtester seelischer Prüfungen und materieller Noth treu zusammen zu stehen. Wir werden alle Absichten auf Zertrümmerung des Reiches zurückweisen, der Nation Ehre und Leben erhalten und so die Freiheit wiedergewinnen, die unser unveräußerliches Gut ist.

## Politische Rundschau. Deutsches Reich.

### Die Arbeitgeber-Abgabe.

Die Bestimmungen über die Nichterhebung von Abgaben betragen bei der Arbeitgeber-Abgabe sind geändert worden. Während bisher die Arbeitgeber-Abgabe nicht erhoben wurde, wenn sie das 20fache des Betrages nicht überstieg, der für die Beförderung eines Briefes bis zu 20 Gramm im Inlandsfernverkehr am Fälligkeitstag, 5., 15. und 25. eines jeden Kalendermonats, jeweils zu entrichten war, ist der Berechnung künftig die Gebühr am 10. Tage vor dem